

“Wege aus der Finanzmarktkrise”

Ergebnispapier von der Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung:

„Exits from the Financial Market Crisis“

Cadenabbia 24. September 2010

In den letzten zwei Jahren war die Welt mit der schwerwiegendsten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren konfrontiert, deren Auswirkungen Schockwellen in Europa und darüber hinaus auslöste. Kreditausfälle und die Immobilienblase in den USA zeigten die Vernetztheit und Komplexität von Krediten zwischen den Finanzinstituten der Welt. In Folge der Vertiefung der Krise und der wachsenden zögerlichen Kreditvergabe unter den Finanzinstitutionen, fiel das System in sich wie ein Kartenhaus zusammen mit dem Kollaps von Lehman-Brothers als Höhepunkt. Aus der Finanzkrise erwuchs eine Wirtschaftskrise mit einem seit dem Ende des 2. Weltkriegs unbekanntem Absinken der Wachstumsraten der Wirtschaft. Darüber hinaus zeigte sich die Schwäche nationaler Wirtschaften in einer überbordenden Staatsverschuldung. Der Anstieg der Risikoaufschläge bei Staatsanleihen und die damit einhergehende Verteuerung der Refinanzierungskosten der Staaten zeigt die Verwundbarkeit hoch verschuldeter Staaten.

Vor diesem Hintergrund fand das Expertengespräch der Konrad-Adenauer-Stiftung statt. Innerhalb der Eurozone ist ein Abwerten der Währung zur Lösung des Überschuldungsproblems einzelner Euro-Mitgliedsstaaten kein gangbarer Weg. Umso mehr stellt sich die Frage, wie ein Ausstieg aus der Finanz- und Verschuldungskrise, vor allem in Europa, gelingen kann. Nachfolgende Punkte spiegeln den Inhalt und Tenor

der Diskussion wieder. Sie sollen als Anregung im derzeit stattfindenden Lösungsfindungsprozess dienen.

1. Weder die Finanzkrise noch die Staatsschuldenkrise ist vorbei. Die Lösung kann nicht von einer Stelle allein erwartet werden. Vielmehr sind alle Beteiligten gefordert, ihren Beitrag zu leisten: die Politik, die Banken, die Unternehmen, die Tarifpartner, die Aufsichtsbehörden, die Wirtschaftsprüfer, die Rating-Agenturen.

2. Die Staaten stehen vor der dringenden Aufgabe, ihr Staatsdefizit zu reduzieren. Dies muss in einer Weise erfolgen, die ein Abschwächen der aufkeimenden Wirtschaftserholung vermeidet. Zunächst müssen deshalb alle Ausgaben auf den Prüfstand gestellt und die Ausgabenstruktur auf ihre Zukunftstauglichkeit überprüft werden. So müssen die Auswirkungen der demographischen Entwicklung mitberechnet werden. Investitionen in Bildung und Forschung benötigen eine hohe Priorität, wobei die Effizienz der Bildungsausgaben sicherzustellen ist. Der Mittelstand muss gestärkt werden, wogegen Ausgaben im öffentlichen Dienst sehr sparsam erfolgen sollten. Entscheidend für die Politik ist, Vertrauen zurückzugewinnen. Politiker benötigen Legitimation, die sie vor allem durch Ehrlichkeit und verständliche Kommunikation mit den Bürgern erhalten.

3. Die EU darf sich nicht zu einer Transferunion entwickeln. Ebenso muss die EU fairen Wettbewerb innerhalb ihrer Mitgliedstaaten sicherstellen. Auch in Zukunft müssen die nationalen Parlamente für das nationale Budget verantwortlich bleiben. Notwendig ist aber eine bessere Koordination und größere Transparenz innerhalb der EU Mitgliedstaaten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO
GROßBRITANNIEN**

SEPTEMBER 2010

www.kas.de/london

kas-uk@kas.de

4. Es bedarf der Solidarität zwischen den EU Mitgliedern, vor allem in Krisenzeiten. Diese muss allerdings streng konditioniert sein. Die Regierungen aller EU Länder, sowohl der Länder, die zu schmerzhaften Sparhaushalten gezwungen, als auch der Länder, die finanzielle Mittel zur Unterstützung anderer zur Verfügung stellen, müssen in der Lage sein, ihre Entscheidungen vor ihren Wählern begründen und rechtfertigen zu können.

5. Viele Anstrengungen müssen in die Etablierung neuer Regelmechanismen gehen. Es geht dabei vor allem um eine „bessere“ Regulierung und nicht zwingend um ein „Mehr“ an Regulierung. Eine „bessere Regulierung“ zielt vor allem auf eine erhöhte Transparenz ab.

6. Die neuen Basel III Vorgaben sind als ein erster Schritt zu begrüßen. Sie führen bei Umsetzung zu einer besseren Kapitalausstattung der Banken, wodurch eine höhere Stabilität erreicht werden kann. Bedingung für eine Umsetzung von Basel III ist, dass die Implementierung von allen Staaten vorgenommen wird, um Wettbewerbsgleichheit zu erreichen und eine globale Krise wie die gegenwärtige ausgelöst durch eine laxere Regulierung zu vermeiden. Insbesondere ist darauf zu achten, dass auch die USA die Basel III Regeln in nationales Recht umsetzen und sich nicht wie bei den derzeitigen Basel II Bestimmungen einem global abgestimmten Vorgehen entziehen.

7. Banken müssen sich wieder stärker ihrer eigentlichen Aufgabe widmen, Unternehmen mit Krediten auszustatten. Das Thema „too big to fail“ bedarf weiterer Beachtung, um eine befriedigende Lösung zu finden. Zudem muss auch der „graue“ bzw. weniger stark regulierte Finanzsektor wie Hedge Fonds und Private Equity stringenter Regeln und einer Aufsicht unterstellt werden.

8. Wie für die Politik gilt auch für Bankmanager, dass sie Vertrauen zurückgewinnen müssen. Die Banken sind verpflichtet, funktionierende interne Aufsichtregulierungen zu implementieren. Das schließt die Aufsicht durch die Eigentümer ein. Verantwortlichkeit und Haftung muss klar hergestellt wer-

den. Ebenso trägt sensibles Verhalten, zum Beispiel beim Umgang mit Boni, zur Vertrauensbildung bei. Generell muss es den Banken um ein prinzipiengeleitetes Verhalten gehen.

9. Das bisher offenbar geltende Prinzip, die Profite bekommen die Bankenvorstände, die Defizite und Risiken tragen die Steuerzahler, muss ein Ende finden. Bankenrettungen nach altem Muster darf es nicht mehr geben. Dafür müssen zuerst die Risiken der Banken selbst so gesenkt werden, dass die Insolvenz einer Bank nicht zu einer Gefahr für die Finanzmärkte wird. Die Kosten für eine Rettung müssen ebenfalls reduziert werden. Sowohl die Regeln von Basel III als auch die Beteiligung von Shareholdern und Verantwortungsträger werden dazu beitragen. Das Retten einer Bank sollte ausschließen, dass damit auch die „Rettung der Vorstände“ einhergeht.

10. Die EZB muss zu ihrer ursprünglichen Aufgabe zurückkehren: die Sicherstellung der Stabilität des Euro. Es ist nicht ihre Bestimmung, Staaten zu finanzieren. Das Aufkaufen von Staatsanleihen bedarf höchster Behutsamkeit und ist rechtzeitig zurückzuführen. Innerhalb Europas bedarf es eines gemeinsamen Mechanismus für kontrollierte Restrukturierung.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Auslandsbüro Großbritannien
und Irland

63D Eccleston Square
London SW1V 1PH
United Kingdom
Telefon
+44 20 7834 4119
Telefon
+44 20 7834 4134